



Staatsministerin Ulrike Scharf, MdL
weitere stellvertretende Ministerpräsidentin

Bayerisches Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales
80792 München

Frau Präsidentin
des Bayerischen Landtags
Maximilianeum
81627 München

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom

P I-1312-3-4/461 A; 22.12.2025

Unser Zeichen, Unsere Nachricht vom
Bitte bei Antwort angeben

StMAS-A1/0013.05-3/1869/37

DATUM

16.01.2026

**Schriftliche Anfrage der Abgeordneten Eva Lettenbauer, Toni Schuberl betreffend
„Personalsituation in der bayerischen Arbeitsgerichtsbarkeit“**

Anlage:

Übersicht zu Frage 1.

Sehr geehrte Frau Präsidentin,

die Schriftliche Anfrage der Frau Abgeordneten Lettenbauer und des Herrn Abgeordneten Schuberl beantworte ich wie folgt:

1. Wie hat sich der Stellenplan für die 11 Arbeitsgerichte und 2 Landesarbeitsgerichte in Bayern seit dem Jahr 2015 entwickelt? (bitte getrennt nach Jahren, Gerichten sowie richterlichem und nichtrichterlichem Personal angeben)

Der Stellenplan für die Landesarbeitsgerichte und die Arbeitsgerichte des Freistaats Bayern befindet sich am Ende des jeweiligen Haushaltsplans unter Kap. 10 10. Eine Unterscheidung nach einzelnen Gerichten wird im Stellenplan nicht vorgenommen. Die erbetene Aufstellung getrennt nach Jahren und nach richterlichem und nichtrichterlichem Personal ist der Anlage zu Frage 1. zu entnehmen.

2. Wie viele Stellen sind derzeit in der Arbeitsgerichtsbarkeit in Bayern nicht besetzt? (bitte getrennt nach Gerichten sowie für das richterliche und nichtrichterliche Personal angeben)

In der bayerischen Arbeitsgerichtsbarkeit sind nach der derzeit vorliegenden Datenauswertung (30. Juni 2025) rund 71 Stellen nicht besetzt. Davon entfallen rund 13 Stellen auf den richterlichen und rund 58 Stellen auf den nichtrichterlichen Bereich. Eine aktuelle, gerichtsbezogene Auswertung wäre mit einem unverhältnismäßig hohen Aufwand verbunden und ist innerhalb der zur Beantwortung zur Verfügung stehenden Zeit nicht möglich.

3. Wie bemisst und erfasst die Staatsregierung den Personalbedarf an den Gerichten der bayerischen Arbeitsgerichtsbarkeit?

Die Staatsregierung bemisst und erfasst den Personalbedarf an den Gerichten der bayerischen Arbeitsgerichtsbarkeit über das seit dem Jahr 2005 bundesweit genutzte Personalbedarfsbemessungssystem „PEBB§Y-Fach“. Im Rahmen von sogenannten Vollerhebungen werden Basiszahlen (durchschnittliche Bearbeitungszeit pro Geschäftsvorgang) ermittelt. Aus der Basiszahl und den jeweiligen Eingangszahlen, die sich aus dem Fachverfahren ergeben, wird der rechnerische Personalbedarf zu den Stichtagen 1. Juli und 31. Dezember halbjährlich fortgeschrieben. Auch länderspezifische Besonderheiten können dabei mittels entsprechender Zuschläge berücksichtigt werden. Eine detaillierte Berechnung des Personalbedarfs für die Ebene einzelner Gerichte ist bei PEBB§Y-Fach nicht vorgesehen.

4. Wie ist nach Einschätzung der Staatsregierung der aktuelle Personalbedarf in der Arbeitsgerichtsbarkeit in Bayern für die Jahre 2026 und 2027? (bitte getrennt nach Gerichten sowie für das richterliche und nichtrichterliche Personal angeben)

Nach Einschätzung der Staatsregierung gibt es derzeit keine Anhaltspunkte dafür, dass sich der Personalbedarf in der Arbeitsgerichtsbarkeit in Bayern für die Jahre 2026 und 2027 in der Weise verändern wird, dass eine Anpassung der Stellenausstattung erforderlich ist.

5.1 Wann gab es zuletzt eine Erhebung nach dem Personalbedarfsberechnungssystem für die deutsche Justiz (PEBB§Y) und erstreckte sich diese Erhebung auch auf die Gerichte der bayerische Arbeitsgerichtsbarkeit?

Das letzte Gutachten zur Fortschreibung des Personalbemessungssystems PEBB§Y-Fach stammt aus dem Jahr 2016. Die dazugehörige Datenerhebung (sog. Vollerhebung) wurde im Zeitraum vom 1. Januar 2016 bis 30. Juni 2016 durchgeführt. Die bayerische Arbeitsgerichtsbarkeit war mit folgenden Erhebungsgerichten beteiligt: Landesarbeitsgericht München, Arbeitsgerichte Augsburg, Bamberg, München, Passau, Weiden und Würzburg.

5.2 Welche Ergebnisse hat diese PEBB§Y-Erhebung für die bayerischen Arbeitsgerichte erbracht?

Ergebnis jeder PEBB§Y-Fach-Fortschreibung, also auch der letzten im Jahr 2016, ist die Ermittlung des bundesweit durchschnittlichen Bearbeitungsaufwands (sog. Basiszahlen) für die durch eine Kommission der Landesjustizverwaltungen definierten Geschäftsvorgänge. Auf Basis von Selbstaufschreibungen dokumentieren die Teilnehmenden im Erhebungszeitraum ihre Bearbeitungszeiten in den jeweiligen Geschäftsvorgängen. Diese werden anschließend auf Produktebene aggregiert. In der Arbeitsgerichtsbarkeit zählen dazu beispielsweise Beschlussverfahren, Bestandsstreitigkeiten und Zahlungsklagen.

5.3 Wann erfolgt die nächste „PEBB§Y“-Erhebung unter Beteiligung der Arbeitsgerichte in Bayern bzw. die Veröffentlichung der entsprechenden Ergebnisse?

Die nächste PEBB§Y-Fach-Fortschreibung ist für das Jahr 2029 vorgesehen. Auch die bayerische Arbeitsgerichtsbarkeit wird sich daran beteiligen. Geplant ist, den Erhebungszeitraum wieder auf das erste Halbjahr zu legen. Welche Erhebungsgerichte konkret einbezogen werden, wird das Bayerische Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales rechtzeitig vor Beginn der nächsten Fortschreibung in Abstimmung u. a. mit der bayerischen Arbeitsgerichtsbarkeit festlegen. Mit der Veröffentlichung der Ergebnisse wird gegen Ende des Jahres 2029 gerechnet.

6.1 Worauf beläuft sich die durchschnittliche Dauer erstinstanzlicher Verfahren vor den Arbeitsgerichten in Bayern pro Jahr seit dem Jahr 2015? (bitte getrennt nach Jahren angeben)

Die durchschnittliche Verfahrensdauer der Jahre 2015 bis 2024 für das Klageverfahren bzw. das Beschlussverfahren vor den bayerischen Arbeitsgerichten ist folgender Übersicht zu entnehmen:

Jahr	Klageverfahren (in Monaten)	Beschlussverfahren (in Monaten)
2015	3,0	3,9
2016	2,9	3,6
2017	3,0	5,1
2018	3,1	5,9
2019	3,1	4,8
2020	3,2	5,4
2021	3,6	4,5
2022	3,3	5,4
2023	3,4	4,5
2024	3,2	5,0
Durchschnitt:	3,18	4,81

6.2 Wie bewertet die Staatsregierung die derzeitige Verfahrensdauer an den Arbeitsgerichten und Landesarbeitsgerichten in Bayern und die Entwicklung bei der Verfahrensdauer in den letzten Jahren? (bitte unter Angabe der Gründe für die jeweilige Entwicklung)

Die Verfahrensdauer in der ersten und zweiten Instanz im Zeitraum von 2015 bis 2024 ist weitgehend konstant geblieben und es gab nur geringfügige Erhöhungen und Absenkungen in diesen Jahren. Erhöhungen und Absenkungen sind auf die variierenden Verfahrenseingänge und die jeweilige Komplexität der einzelnen Verfahren zurückzuführen. Daneben sind auch in den Jahren 2020 und 2021 die eingeschränkten Verhandlungsmöglichkeiten und krankheitsbedingte Ausfälle bzw. Terminverlegungen während der Corona-Pandemie zu berücksichtigen.

6.3 Wie ist die Dauer erstinstanzlicher Verfahren in Bayern im bundesweiten Vergleich mit der Verfahrensdauer vor den Arbeitsgerichten anderer Bundesländer zu sehen?

Gemäß dem statistischen Bericht „[Arbeitsgerichte 2024](#)“ des Statistischen Bundesamtes beträgt der nach Größe und Eingangsmengen der einzelnen Bundesländer gewichtete Durchschnittswert für Klageverfahren 3,2 Monate und für Beschlussverfahren 4,5 Monate.

Klageverfahren bzw. Beschlussverfahren für die Bundesländer im Einzelnen:

Bundesland	Klageverfahren (in Monaten)	Beschlussverfahren (in Monaten)
Baden-Württemberg	2,8	4,3
Bayern	3,2	5,0
Berlin	3,9	5,2
Brandenburg	3,5	5,1
Bremen	4,2	5,8
Hamburg	3,3	4,4
Hessen	3,7	3,9
Mecklenburg-Vorpo.	3,3	4,3
Niedersachsen	2,9	4,0
Nordrhein-Westfalen	2,8	4,4
Rheinland-Pfalz	3,3	3,4
Saarland	4,2	4,9
Sachsen	3,5	4,4
Sachsen-Anhalt	4,5	6,7
Schleswig-Holstein	2,3	3,9
Thüringen	3,7	4,6

Bayern liegt damit im deutschlandweiten Durchschnitt.

Mit freundlichen Grüßen

gez.
Ulrike Scharf